

Zur Lage des Dorfes Lemsahl-Mellingstedt



Unterstützen
Sie uns -
spenden Sie jetzt
Lesen Sie weiter
auf Seite 6

Lemsahl-Mellingstedt ist lebens- und lebenswert. So soll es bleiben für alle, die hier wohnen. Jetzt und in Zukunft.

Die ersten Flüchtlinge sind da

Wird es bei der reduzierten Belegung von 252 bleiben?

Die Flüchtlinge sind angekommen. Auch bei uns in Lemsahl-Mellingstedt.

Was im Dezember 2010 in Tunesien als Arabischer Frühling begann, und bei uns anfangs Hoffnung auf mehr Demokratie und Freiheit in den Ländern Nordafrikas und auf der arabischen Halbinsel entstehen ließ, entwickelte sich durch den Zerfall der Staaten und dem entstandenen Machtvakuum zum Albtraum von dort wohnenden Menschen.

Bedroht von Bomben, Terror und Verfolgung, aber auch vor wirtschaftlicher Not und Perspektivlosigkeit, machten sich Millionen bedrohter Menschen auf die Flucht. Die meisten von ihnen nahe ihrer Heimat - ein Teil nach Europa, viele nach Deutschland.

2013 beantragten 127.023 Menschen in der Bundesrepublik Asyl. 2015 wurden 1.091.894 Asylsuchende registriert. Bis zum Mai dieses Jahres kamen rund 200.000 weitere Flüchtlinge in unser Land.

Nach dem Königsteiner Schlüssel, der die Aufnahmequoten für die Bundesländer regelt, muss Hamburg 2,5% der Asylbewerber aufnehmen.

2015 verblieben laut Senatsangaben von 61.598 Schutzsuchenden mussten 20.987 in Hamburg untergebracht werden.

Der enorme Anstieg der Flüchtlingszahlen gegen Ende 2015 überforderte die staatlichen Institutionen in Deutschland in bisher ungekanntem Ausmaß.

Erst jetzt - nicht zuletzt dank der derzeit gesunkenen Zuwanderungszahlen und dem Engagement weiterer Bevölkerungskreise - scheint das Chaos, und die damit verbundene unmenschliche Behandlung der Schutzsuchenden, ein baldiges Ende zu nehmen. Auch in Hamburg. Provisorische Unterkünfte werden geschlossen, andere Lager, die ein menschenwürdiges Leben ermöglichen sollen, entstanden und werden auch weiterhin geplant. Der Senat berücksichtigt die aktuell verminderten Flüchtlingszahlen unverständlicher Weise nicht.

Durch dieses unkoordinierte Vorgehen des Senats, ohne jede Form der Bürgerbeteiligung, entstehen neue Probleme in den Stadtteilen. Auch in Lemsahl-Mellingstedt.

Unzweifelhaft sind wir aufgerufen verfolgten Menschen zu helfen, nicht nur aufgrund des Völkerrechts sondern auch aus christlicher Barmherzigkeit und humanistischer Überzeugungen. Wir sind ebenfalls aufgerufen, nicht die Fehler zu wiederholen, die bei der Aufnahme der Gastarbeiter in den 50er und 60er Jahren gemacht wurden. Denn ein Teil der Gäste blieb, jedoch völlig auf sich allein gestellt. So entwickel-

Wenn viele Menschen an einem Strang ziehen und sich gegen die Bevormundung durch den Senat wehren, dann klappt es auch mit der Integration der Flüchtlinge in unserem Dorf

ten sich vielerorts konfliktbehaftete Parallelgesellschaften, Ghettos, die auch trotz nachträglichem, hohem finanziellen und sozialen Engagement bis heute bestehen.

Diese Fehler zu vermeiden, heißt, die zu uns kommenden Menschen, von denen viele in Deutschland bleiben werden menschenwürdig unterzubringen. Ihnen die Möglichkeit zur Integration zu geben und gleichermaßen von ihnen Integrationsbereitschaft zu fordern. Deshalb haben sich in unserer Stadt viele Mitglieder in Initiativen engagiert. Sie wollen ein friedliches und harmonisches Zusammenleben der Menschen fördern, auch in Lemsahl-Mellingstedt. So sind „Lemsahl hilft e.V.“ und „Lebenswertes Lemsahl e.V.“ entstanden, der CVJM hat sein Angebot der Jule erweitert, die Grundschule bereitet sich auf zusätzliche Schüler vor. Alle zusammen sind wir nicht Gegner, sondern Partner, die sich um ihren Stadtteil, ihr Dorf, ihre Nachbarn - neue wie alte - kümmern. Dazu gehört auch die kritische Auseinandersetzung mit den Planungen des Senats, der, getrieben von vermeintlichen Sachzwängen und politisch initiiertem Aktionismus, droht die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen.

Deshalb ist es wichtig, dass in Hamburg keine Massenunterkünfte entstehen, die eine Integration der Flüchtlinge unmöglich machen. Eine Ausweitung der für 3 Jahre genehmigten 252 Plätze, an dieser oder an anderer Stelle in Lemsahl-Mellingstedt übersteigt jede Integrationsfähigkeit.

Gelingen kann eine Integration ohnehin nur dann, wenn „Gutmenschen“ und vermeintliche „Flüchtlingsgegner“ nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten, und sie nicht nur an einem Strang ziehen, sondern auch noch in die gleiche Richtung. Nur so kann es uns gelingen, den harmonisch dörflichen Charakter von Lemsahl-Mellingstedt zu bewahren, der allen neuen und alten Einwohnern eine behütete Heimat ist.

Lebenswertes Lemsahl-Mellingstedt (LWLM) interviewte sein 300. Mitglied:

Warum sind Sie eigentlich Mitglied geworden?

Da muss ich ein wenig ausholen. Als im Sommer des letzten Jahres die Bundeskanzlerin die Grenzen für die Flüchtlinge am Bahnhof in Ungarn geöffnet hat, fand ich das sehr gut! Mit immer größer werdender Verwunderung habe ich sehr genau die anschließende unkontrollierte Entwicklung der Flüchtlingskrise verfolgt. Als sich immer mehr Menschen aus allen Teilen der Welt auf den Weg nach Schweden und Deutschland machten, und die tägliche Migrantenzahl auf über 12.000 anstieg, fing ich an, mich noch intensiver mit dem Thema zu befassen und Fragen zu stellen.

Wie können wir die vielen Flüchtlinge - die eine Bleibeperspektive haben - schnell integrieren, welches Modell ist dafür das richtige? Wie kann ein friedliches und respektvolles Zusammenleben von allen Kulturkreisen organisiert werden und Ausschreitungen wie z.B. in der ZEA Langenhorn vermieden werden? Sind die Bebauungspläne des Senats - tausende von Wohnungen in Form von Großsiedlungen aus dem Boden zu stampfen - wie in Neugraben-Fischbek, Hummelsbüttel oder Poppenbüttel - auch für Lemsahl-Mellingstedt angedacht und wenn, wollen wir das? Wie müsste dann die Infrastruktur angepasst werden (Grundschule, Kita, Feuerwehr, Polizei, Verkehrsanbindung, etc)

Wofür steht Lebenswertes Lemsahl-Mellingstedt e.V.?

Wir sehen unsere Kernaufgabe darin, Lemsahl-Mellingstedt als lebenswerten Stadtteil zu erhalten, und ihn nicht zu einem Spielball unserer Politiker werden zu lassen, die hier vor allem eines sehen: Potentielle Freiflächen zur geballten Unterbringung weiterer Flüchtlinge oder für den sozialen Wohnungsbau.

In anderen Stadtteilen müssen wir immer wieder aufs neue verfolgen, wie Landschaftsschutzgebiete einer völlig planlosen Verdichtungs- und Bebauungspolitik des Senats geopfert werden. Dem stellen wir uns entgegen.

Lemsahl-Mellingstedt muss sowohl für die hier seit Jahren lebenden Menschen, als auch für die 252 Flüchtlinge im Fiersberg, ein lebenswerter Stadtteil bleiben und sich seinen dörflichen Charakter und seine Grünflächen bewahren. Aus diesem Grund lehnen wir weitere Flüchtlingsunterkünfte in Lemsahl, wie auch eine weitere Aufstockung der ZEA am Fiersberg über die aktuell genehmigten 252 Plätze strikt ab. Neben dem großen Bauvorhaben am Spechtort, befürworten wir außerdem eine Fortführung von Lemsahl 19, nach Abbau der ZEA in 3 Jahren.

Darauf hätte ich mir Antworten von der Politik gewünscht. Und nicht nur: „Wir schaffen das“ und „wir brauchen die neuen Fachkräfte“ oder auch „wird schon“. Das war mir leider an dieser Stelle und zu diesen wichtigen Themenfeldern zu dünn! Lebenswertes Lemsahl befasst sich - für unseren Stadtteil und in Zusammenarbeit mit der IFI, auch für ganz Hamburg - genau mit diesen Themen und erarbeitet Lösungsvorschläge. Ich habe im Verein bereits sehr viele Menschen kennenlernen dürfen, denen ihre Nachbarn und ihr Umfeld nicht egal sind, die sich engagieren und sich pragmatisch mit praktischen Fragen zu den genannten Themenkomplexen befassen. Die sich fragen, wie können wir gemeinsam den Charakter unseres Stadtteils weitestgehend erhalten, ohne Ghettos, sondern mit Wiesen, Wäldern und viel Grün! Darum sind wir Mitglied im Verein Lebenswertes Lemsahl-Mellingstedt e.V. geworden.

Danke, schön dass Sie dabei sind und sich einsetzen. Zum Schluss noch mal was persönliches. Wohnen Sie schon lange in Lemsahl-Mellingstedt und warum sind Sie hierher gezogen?

Wir haben 2008, als unser zweiter Sohn geboren wurde, unsere Wohnung in Eppendorf verkauft und sind nach Lemsahl-Mellingstedt gezogen. Uns hat der dörfliche und ländliche Charakter von Lemsahl-Mellingstedt überzeugt.

Ich bin selber in den 70er Jahren im Bremer Stadtteil Oberneuland aufgewachsen und kann noch sehr gut erinnern, wie es war, auf Bäume zu klettern, Milch vom Bauern zu holen und mich als Kind sicher und frei bewegen zu können. Wir wollten, dass unsere Kinder ähnlich aufwachsen. Auch die vielen Grünflächen und die aktuell noch vorherrschende, großzügige Bebauung mit Einfamilien-, Reihen- und Doppelhäusern hat uns gefallen.

Darum leben wir sehr gerne hier - trotz Fluglärm (lacht) - und setzen uns dafür ein, dass unser Stadtteil seinen Charakter behält. Damit das so bleibt, muss die Politik mit ihren panikhafte und willkürlichen Entscheidungen - z.B. Landschaftsschutzgebiete und Grünflächen mit hunderten von Wohnungen zu bebauen - gebremst werden.

So geht es einfach nicht.

Eine Herausforderung für Flüchtlinge und Hamburger



Jasmin Peter,
45 Jahre, eine von drei Initiatoren der Volksinitiative

Ich bin Diplom Sozialpädagogin und Mutter von 4 Kindern. Mein Vater ist Iraker, lebt in Niedersachsen und ist Ingenieur im Ruhestand. Er emigrierte mit 16 Jahren nach Deutschland – als unbegleiteter, minderjähriger Flüchtling. Er konnte sich so gut integrieren, weil er in Deutschland die Bedingungen für gute Integration vorfand. Aber auch, weil er die Motivation mitbrachte, sich integrieren zu wollen. Dies sehe ich als Grundvoraussetzung für eine gelingende Integration.

Ich wohne mit meiner Familie in einem Neubaugebiet in Klein Borstel. Hier hat sich die erste Bürgerinitiative Hamburgs gegründet, die sich mit dem Thema Flüchtlingsunterkünfte beschäftigt.

Als wir im August letzten Jahres durch Zufall erfuhren, dass ohne Bürgerbeteiligung und unter Anwendung des Polizeirechts in unserer unmittelbaren Nachbarschaft eine dauerhafte Flüchtlingsunterkunft für 700 Menschen entstehen wird, war ich in einer Starre. 700 Menschen in einer Unterkunft. Diese Dimension hat mich überwältigt. Warum hat mich das überwältigt? Warum hat mich das nicht nur positiv überwältigt? Ich war einige Jahre Mitglied bei ProAsyl, hatte beruflich Einblicke in die Lebenswelt der Menschen erhalten, die flüchten mussten, die mit den Folgen der Heimatlosigkeit ebenso konfrontiert waren wie mit der Aufgabe, sich in ein für sie kulturelles Land zu integrieren. Ich kannte die Schwierigkeiten und Probleme junger Asylanten und ihrer Familien. Ich hatte eine ungefähre Vorstellung davon, welche Herausforderungen entstehen, wenn mehrere hundert Menschen unterschiedlicher Religionen und Ethnien auf wenigen Quadratmetern, ohne ausreichende Hilfe, zusammenleben müssen. Von den Zukunftsängsten durch noch nicht abgeschlossene Asylverfahren, Arbeitslosigkeit und traumatischen Erlebnissen der Bewohner ganz zu schweigen.

Der Präsident der Bundespsychotherapeutenkammer wies in der FAZ auf die weitreichenden Folgen von Traumatisierungen hin und erklärte: „Mindestens die Hälfte der Menschen ist psychisch krank“. Und psychisch erkrankten Flüchtlingen falle die Integration besonders schwer, sie benötigten dringend professionelle Hilfe, schrieb später die Deutsche Psychotherapeuten Vereinigung. Zu dem Suizid von 2 Flüchtlingen aus Hamburg äußerte sich schließlich eine Fachärztin in der ZEIT: „Die Folgen der Traumatisierungen können wir nur auffangen durch Integration - ein wesentlicher Teil davon ist psychologische und psychiatrische Begleitung.“ Sie machte deutlich, dass es derzeit weder genügend Therapieplätze noch Dolmetscher gibt, um diese wichtige Aufgabe zu bewältigen.

Was bedeutet das konkret für Klein Borstel und für alle anderen geplanten Großsiedlungen in Hamburg?

Wenn davon auszugehen ist, dass mindestens die Hälfte der geflüchteten Menschen psychisch krank sind, wären das bei einer Anzahl von 700 Personen mindestens 350 traumatisierte Menschen in Klein Borstel die teilweise stark einschränkt und psychisch belastet sind. Von den direkten 800 Anwohnern (davon 400 Kleinkinder) zu erwarten, diese aus meiner Sicht unmöglich zu bewältigende Integrationsleistung zu erbringen, empfinde ich den neuen und hier schon wohnenden Nachbarn gegenüber als unverantwortlich.

All dies hat mich dazu motiviert und veranlasst, Verantwortung zu übernehmen. Für die Zukunft unserer Stadt und die Menschen, die hier leben und neu hinzu kommen. Ich stehe aus tiefster Überzeugung für Konzepte ein, die langfristig und nachhaltig ein lebenswertes Leben für Alle ermöglichen.

Alles Liebe, Jasmin Peter

Ein Beitrag aus dem Vortrag vor dem Sozialausschuss am 22. April 2016

Hamburg braucht nachhaltige Konzepte zur Flüchtlingsunterbringung

Im Grunde sind sich alle einig, die Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD) bringt es auf den Punkt. Sie ist gegen ein Wohnungsbauprogramm für Flüchtlinge, da dies nur zu Ghettos führen würde: „Um das zu vermeiden, müssen wir unsere Anstrengungen für die Schaffung neuer Wohnungen für alle Menschen verstärken – jene, die schon immer hier leben und jene, die neu zu uns kommen.“

Nur in Hamburg wird dieser „Sonderweg“ beschriftet. In Hamburg soll auf der einen Seite Wohnungsbau nur für Flüchtlinge realisiert werden, auf der anderen Seite Wohnungsbau für „Alt“-Hamburger.

den, was schon für Ende 2015 vorgesehen war. Aber auch heute funktionieren die angedachten Prozesse dort nicht wie geplant. Es ist wichtig, dass diese zentrale Stelle nun kurzfristig den Betrieb aufnimmt und dass die Vorgänge, wie es die Stadt angibt, in maximal 14 Tagen abgewickelt werden. Dann würden viele der dezentralen ZEA's nicht mehr benötigt werden.

Im Anschluss folgt dann die **mittelfristige** Unterbringung, derzeit ausschließlich in Folgeunterkünften. In den Folgeunterkünften besetzen heute viele Menschen Plätze, obwohl sie ein Anrecht auf eine Sozialwohnung hätten. Da es aber zu wenig Sozialwohnungen gibt, erhalten sie keine.

aber von einem Bedarf von 15.000 pro Jahr. Daher hat die Volksinitiative weitere Maßnahmen zum Wohnungsbau vorgeschlagen: Dachgeschossausbau, Aufstockungen und eine Modernisierung der Gebäude, die in den 50er und 60er Jahren gebaut worden sind. Für alle diese Maßnahmen gibt es aktuelle wissenschaftliche Untersuchungen aus 2016. Frau Stapelfeld hat dieser Liste der Vorschläge noch den Ausbau der Magistraten hinzugefügt. Alles in allem bedeutet dies ein Wohnungsbaupotential von mehr als 100.000 Wohnungen für die Stadt! Im Gegensatz zum Bau von Großunterkünften sind dies Potentiale, die den

Grundsätzlich muss bei der Unterbringung von Flüchtlingen zwischen kurzfristiger, mittelfristiger und langfristiger Unterbringung unterschieden werden.



Die Flüchtlinge würden dadurch isoliert werden. Diverse Bürgerinitiativen fordern, die Integration schon beim Wohnungsbau in den Mittelpunkt zu stellen.

Konkret fordert der Dachverband der Bürgerinitiativen (IFI) eine maximale Dezentralisierung der Flüchtlinge und einen ¼-Mix, d.h., dass Wohnungsbau betrieben wird, der ¼ Eigentum, ¼ Miete, ¼ Sozialwohnungen und ¼ Flüchtlingswohnungen vorsieht. Nur dann, wenn man die Flüchtlinge nicht isoliert, wird die Integration gelingen.

Grundsätzlich muss bei der Unterbringung von Flüchtlingen zwischen kurzfristiger, mittelfristiger und langfristiger Unterbringung unterschieden werden.

Kurzfristig müssen die Flüchtlinge zunächst in „Zentralen Erstaufnahmen“ (ZEA) untergebracht werden. Weil die Registrierung der Ankommenden und die Beantragung des Asyls nicht funktionierte, hat Hamburg über 30 „dezentrale ZEA's“ aufgebaut. Anfang Mai sollte dann eine neue zentrale Erstaufnahme in Meiendorf in Betrieb genommen wer-

Der Senat plant, dieses Problem mit der Schaffung weiterer, großer Folgeunterkünfte zu lösen. Dabei fehlt es schlichtweg an Wohnungen. Hinzukommt, dass eine nachhaltige Integration nur in kleinen Folgeunterkünften oder durch Wohnen in einer durchmischten Gemeinschaft möglich ist.

Es ist also offensichtlich nur eine Frage des politischen Willens. Denn einerseits könnte die SAGA hier sofort Wohnraum auch für Flüchtlinge zur Verfügung stellen. Die Flüchtlingskrise in den 90' Jahren wurde schließlich genau auf diesem Wege geräuschos gelöst.

Andererseits plant Hamburg seit Jahren viel zu wenig sozialen Wohnraum. Seit 2011 genehmigt Hamburg 6.000 Neubauten, von denen 30% für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stehen. Von diesen in den letzten Jahren genehmigten Wohnungen, sind aktuell ca. 18.000 im Bau, bzw. in der Fertigstellung.

Seit Mitte Mai plant Hamburg nun 10.000 Wohnungen pro Jahr zu realisieren. Der Bürgermeister selbst spricht

Konzepten moderner Stadtentwicklung folgen und nicht lokale Zusammenballungen von Flüchtlingen zum Ziel haben.

Um eine nachhaltige Stadtentwicklung zu gestalten, muss es schließlich auch um **langfristigen** Wohnungsbau für die wachsende Stadt gehen. Auch hier vertrauen wir den professionellen Stadtplanern, wobei uns „Der kleine Grasbrook“ am meisten überzeugt. Stadtnah kann ein sehr attraktiver Standort erschlossen werden, der quasi nebenbei mehreren 10.000 neuen Hamburgern ein sicherlich begehrtes Zuhause schaffen wird - vielleicht sogar mit neuen, städtebaulichen Ideen, wie z. B. einer Mischnutzung?

Der Bau von Großunterkünften für Flüchtlinge ist weder notwendig, noch alternativlos. Die Alternativen liegen auf dem Tisch.

Die komplette Präsentation, die „Hamburg für gute Integration“ am 22.4. vor dem Sozialausschuss vorgetragen hat, finden Sie unter

www.tinyurl.com/HGI2204

Oktober 2015

06.10.2015: Der Senat verabschiedet die Senatsdrucksache 21/1960 mit der Zielsetzung, in allen sieben Hamburger Bezirken jeweils 800 Wohneinheiten (WE) für 4.000 Geflüchtete zu errichten („Expresswohnungsbau mit der Perspektive Wohnen“). Die dafür vorgesehenen jeweils rund 8ha großen Flächen sollen baurechtlich nicht zu normalen Wohnzwecken ausgewiesen sein. Allerorten werden von Anwohnern Bürgerinitiativen gegründet, die diese Ballung von Geflüchteten für bedenklich halten.

November 2015

18.11.2015: Öffentliche Sitzung des Planungsausschusses der Bezirksversammlung Altona in der Schule Iserberg. Ca. 450 Rissenern (weitere 200 finden keinen Einlass) werden die Pläne des Bezirksamts für das „Internationale Quartier“ (Rissen-Suurheid) vorgestellt. Die ursprüngliche Planung von Anfang Oktober zur Unterbringung von 4000 Geflüchteten wird auf 2000 Geflüchtete (400 WE) reduziert. Daneben sind 200 WE für normal geförderten Wohnungsbau vorgesehen.

26.11.2015: Öffentliche Sitzung der Bezirksversammlung Altona im Gymnasium Othmarschen. Trotz Überreichung von 1.200 Unterschriften gegen die derzeitigen Planungen, die in anderthalb Tagen gesammelt wurden, beschließt die Bezirksversammlung mit Stimmen von SPD und GRÜNEN das „Internationale Quartier“.

Januar 2016

04.01.2016: Sieben Hamburger Bürgerinitiativen schließen sich zum Dachverband „Initiativen für erfolgreiche Integration in Hamburg“ (IFI) zusammen.

Februar 2016

05.02.2016: Der Dachverband IFI veröffentlicht einen offenen Brief an Olaf Scholz im Hamburger Abendblatt zur Flüchtlingsunterbringung.

11.02.2016: IFI-Demo auf dem Gänsemarkt und anschließender Marsch zum Stadtentwicklungsausschuss im CCH. Vertreter von 9 Initiativen sowie weitere Bürger nehmen vor dem Ausschuss kritische Stellung zu den geplanten Großunter-



Die Initiatoren der Volksinitiative übergeben 26.000 Unterschriften im Rathaus

künften. Senatorin Frau Dr. Stapelfeld geht nicht auf die Vorredner ein und liest eine vorbereitete Standard-Erklärung vor.



Ein Beitrag aus dem Vortrag vor dem Sozialausschuss am 22. April 2016

Integrationskonzept statt Flächensuche

Die Bürgerinitiative VIN-Rissen hat eine Reihe von Grundsätzen entwickelt, die quasi Leitplanken einer guten und erfolgreichen Integration sind.

Integration basiert auf drei Säulen: Sprache, Arbeit und funktionierende Nachbarschaft. Idealerweise sollte Integration sofort beginnen - am ersten Tag, an dem ein Flüchtling registriert wird. Abgeschlossen ist eine Integration nachdem sie erfolgreich war. Experten und Studien gehen davon aus, dass das im Durchschnitt 7-10 Jahre andauern kann.

Eine Grundvoraussetzung für Integration ist der möglichst gute Erwerb der

deutschen Sprache. Als zweiter zentraler Schritt gilt die Möglichkeit des Lebenserwerbs, wichtig ist also ein Arbeitsplatz. Schließlich folgt die sogenannte „kulturelle Integration“. Insbesondere an dieser Stelle ist es wichtig, dass nicht nur das erste „Willkommen“ in den Fokus gerückt wird und dass es nicht nur um die schnelle, planlose Unterbringung der vielen Menschen geht - sondern, dass klug nachgedacht wird, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, die ein gutes Zusammenleben aller ermöglichen. In guter Nachbarschaft.

Zur Durchführung von Bau- und Integra-

tionsvorhaben fordern wir deshalb eine ständige, begleitende Bürgerbeteiligung und ein professionelles Projektmanagement. Aus der Bürgerbeteiligung hat sich die Forderung nach einem Bürgervertrag entwickelt, der sicherstellen soll, dass auch die Stadt ihre Verpflichtungen bei der Integration langfristig erfüllt. Das Werkzeug des Projektmanagements wird bereits in der Vorbereitung von Integrationskonzepten innerhalb vieler Stadtteile, wie z.B. in Rissen im Arbeitskreis Integration der Rissener Runde, genutzt. Die Bundesregierung spricht hier derzeit von einem „Masterplan“, den es zu entwickeln gilt.

Es wurden zu viele Fehler gemacht!



Foto: Privat

Harald Lübker,
67 Jahre, einer von drei
Initiatoren der Volksinitiative

Ich bin 67 Jahre alt, verheiratet und Vater einer erwachsenen Tochter.

Nach dem Studium der Volkswirtschaft war mein berufliches Leben durchaus wechselhaft; die letzten 20 Jahre war ich als Handelslehrer tätig, davon 12 Jahre auch im Personalrat. Seit 15 Jahren arbeite ich im Partnerschaftsausschuss unserer Kirchengemeinde mit, und im Juli werden dann zwei junge Menschen aus unserer tansanischen Partnergemeinde für einige Zeit bei uns wohnen.

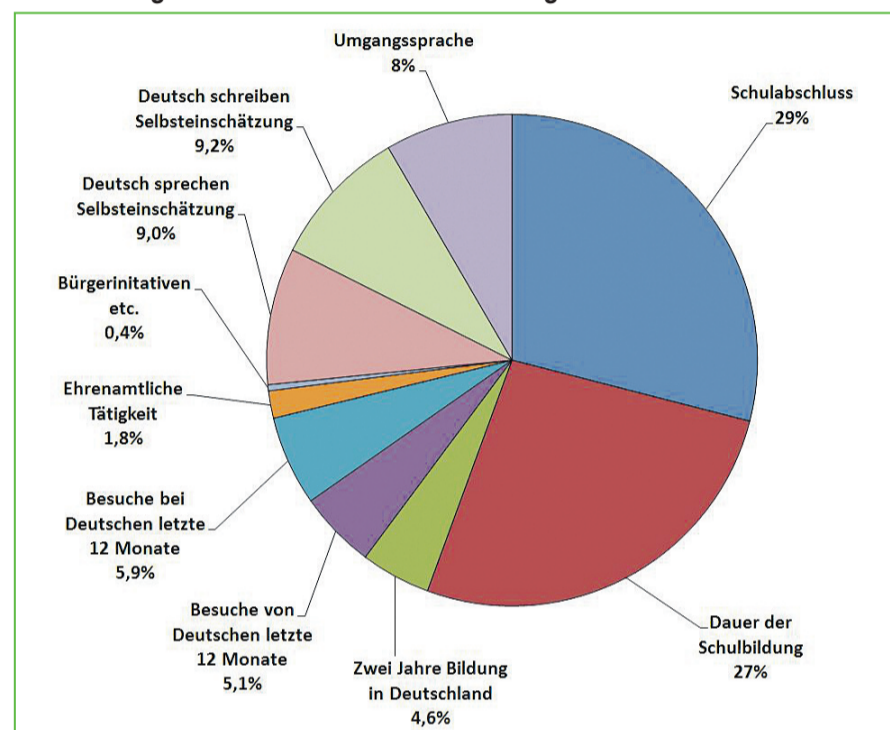
Nach meiner politisch bewegten Studentenzeit habe ich mich immer mal wieder engagiert, z.B. in der Friedensbewegung oder bei den Initiativen gegen AKWs. Auch Atomkraft galt ja mal als alternativlos und Menschen, die sich für eine dezentrale und alternative Energieerzeugung einsetzten, galten oft als Spinner. Später wurden daraus „Die Grünen“, bei denen und deren Vorläufern ich seit Urzeiten ein (zu) passives Mitglied bin.

Der aktuelle Auslöser für mein Engagement bei der örtlichen Bürgerinitiative LOB war die damals miserable Informationspolitik unserer Volksvertreter und Behörden und die Tatsache, dass sachliche Anregungen und Einwände seitens der Bürger zunächst in keiner Weise beachtet wurden. Ich hatte mich über vieles schlichtweg geärgert:

- Es sollte in Landschaftsschutzgebieten gebaut und das hundert Jahre alte Konzept der grünen Achsen einfach ignoriert werden. Landschaftsschutzgebiete sollten unwiderruflich zerstört werden und das ohne breite politische Diskussion, ohne Stadtentwicklungskonzept und sogar ohne Not. Und Die Grünen stimmten zu.
- Ein anderer Punkt war die soziale Belastung mancher Stadtteile. Zwar wurde im Februar ein Sozialmonitoring veröffentlicht, das stark gefährdete Stadtteile identifizierte - doch darauf wurde keinerlei Rücksicht genommen. Ausgerechnet dort plante man dann noch hunderte oder tausende Flüchtlinge unterzubringen, die alle mehr oder weniger Hilfe benötigen. So z.B. in Osdorf oder in Eidelstedt. Dies interessierte die Sozialdemokraten nicht.
- Schließlich wurde auch Hamburger Steuergeld verschleudert. Beim planlosen Containerbau, z.B. im Lise-Meitner-Park, wurde das Geld zum Fenster rausgeschmissen: Fünf Jahre lang werden über 500.000 € pro Monat ausgegeben, für 456 Container. Dafür hätte man passable Eigentumswohnungen kaufen können! Und was bekamen die Geflüchteten dafür? Eine Folgeunterkunft mit 10,7 qm Wohnfläche für zwei Menschen. Das ist für mich keine menschenwürdige Unterbringung!

Mittlerweile hat sich einiges getan. Der große Erfolg der Volksinitiative hat uns auf politischer Ebene Gehör verschafft. Heute führen wir mit den Fraktionsvorsitzenden Dr. Dressel und Herrn Dr. Tjarks sachliche und konstruktive Gespräche darüber, wie sich besserer Wohnraum für die Geflüchteten planen und realisieren lässt. Diese Gespräche sind wichtig, da wir jetzt gemeinsam an guten Lösungen arbeiten. Mir persönlich geht es darum, dass ein sinnvolles, gut durchdachtes und klug finanziertes Integrationskonzept entwickelt wird. Und hierzu zählen dezentrale, menschenwürdiger Wohnraum für Geflüchtete und eine weitsichtige, umsichtige Stadtentwicklung.

Die Grafik zeigt den Einfluss der verschiedenen Integrationsfaktoren



Teil dieses Masterplans für Integration sollte sein:

- Einen „Hamburger Verteilungsschlüssel“ zu erstellen, um die Flüchtlinge bestmöglich zu verteilen.
- Einen „Hamburger Integrationschlüssel“ zu entwickeln, um den Flüchtigen die bestmöglichen Voraussetzungen für Integration zu schaffen.
- Einen „Bürgervertrag“ abzuschließen, der die gegenseitigen Verpflichtungen zur Integration regelt.
- Ein „Integrationsprojekt“ zu entwickeln, das erlaubt, beständig am Erfolg der Integration zu arbeiten und den Prozess von Beginn an bis zum Abschluss zu begleiten.

Interaktives Spielchen

Am 11. Mai präsentierte Olaf Scholz an der Hafencity Uni das interaktive Stadtmodell „Finding Places“. In je sechs moderierten Workshops in allen sieben Bezirken haben die Stadtbewohner die Möglichkeit, ihre Ortskenntnisse bei der Diskussion von Flächen für Flüchtlingsunterkünfte einzubringen. Die Teilnahme an ersten Workshops macht jedoch deutlich, dass das Modell keineswegs darauf ausgelegt ist, möglichst viele Flächen zu identifizieren. Pro Workshop können max. 6 Flächen diskutiert werden. Flächen, die ausschließlich der Stadt HH gehören. Und es geht nur um Flächen. Alle anderen besseren Möglichkeiten zur Flüchtlingsunterbringung (wie im sozialen Wohnungsbau, Dachgeschossausbau, Aufstockungen etc.) bleiben davon völlig unberührt.

Interview mit FDP-Bezirkschef Altona, Lorenz Flemming

Großunterkünfte sind falsch

Welche Fragen haben Sie in Bezug auf das Thema „Flüchtlinge in Hamburg“ besonders intensiv beschäftigt?

Insbesondere natürlich die Frage der Unterbringung. Danach aber die teilweise willkürlichen und erstaunlichen Verhaltensweisen der Hamburger Politik.

Wofür setzen Sie sich besonders ein?

Als Politiker in Altona setze ich mich dafür ein, dass wir mit der Bevölkerung gemeinsam menschenwürdige Unterbringungen schaffen. Dabei soll auch berücksichtigt werden, dass die Altonaer berechnete Wünsche und Vorstellungen haben.

Haben Sie Verständnis dafür, dass sich aufgrund der derzeitigen Flüchtlingsunterbringung Bürgerinitiativen wie z.B. VIN Rissen gegründet haben?

Mein Verständnis für die VIN ist deswegen groß, da es sich in Suurheid um dauerhafte Veränderungen für ein noch nicht wirklich durchdrungenes Problem des „Hierbleibens“ von Schutzsuchenden handelt.

Wie stehen Sie grundsätzlich zum Bau von Großunterkünften? Halten Sie diese Bauten für richtig oder falsch? Für alternativlos oder nicht?

Großunterkünfte werden als vorübergehende Erscheinung nicht zu umgehen sein. Großsiedlungen wie an der Suurheid halte ich für falsch.

Was bedeutet der Begriff „kulturelle Integration“ für Sie?

Ein Wachsen von gemeinsamen Werten. Das dauert Jahrzehnte!



Spenden Sie, um die Verhandlungen jetzt zum Erfolg zu führen
Lesen Sie weiter auf Seite 6

26.02.2016: Anmeldung der Volksinitiative „Hamburg für gute Integration“. Kernforderung ist die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten über die Stadt verteilt als Voraussetzung für nachhaltige Integration. Ziel ist die Durchführung eines Volksentscheides, sofern Gespräche mit dem Senat nicht erfolgreich verlaufen.

März 2016

03.03.2016: In Rekordzeit von nur vier Tagen gelingt es der Volksinitiative 26.000 Unterschriften zu sammeln und abzugeben.

April 2016

05.04.2016: Der Dachverband strebt einen Baustopp als Basis für konkrete, zügige Verhandlungen an. Dieses wird von den Regierungsfractionen mehrfach abgelehnt. Daraufhin reichen Initiatoren in allen sieben Bezirken Bürgerbegehren ein, die das Ziel haben, die Erteilung von Baugenehmigungen für Großunterkünfte zu unterbinden.

11.04.2016: Die Initiatoren aus dem Bezirk Wandsbek reichen wenige Tage nach Anmeldung des Bürgerbegehrens 4049 Unterschriften beim

zuständigen Bezirksamt ein. Damit ist das für den Baustopp notwendige Drittelquorum dort erreicht.

12.04.2016: Alle Bezirksämter erklären gleichlautend die Bürgerbegehren für unzulässig.

22.04.2016: Die Initiatoren aus allen Bezirken reichen Widerspruch zur Unzulässigkeitsklärung der Bürgerbegehren ein.

22.04.2016: In einer sechsstündigen Veranstaltung präsentieren die Initiatoren der Volksinitiative ihre Konzepte zur Flüchtlingsunterbringung und

-integration vor dem Sozialausschuss.

25.04.2016: Die Initiatoren aus den Bezirken Altona, Hamburg-Nord, Bergedorf und Eimsbüttel reichen ihre Unterschriften bei den Bezirksämtern ein. Damit unterstützen rd. 16.300 Hamburger aus fünf Bezirken die Konzepte der Volksinitiative.

Mai 2016

23.05.2016: Die Initiatoren aus den Bezirken Altona, Eimsbüttel, Hamburg-Nord und Wandsbek reichen einen Eilantrag zur Feststellung der Zulässigkeit der Bürgerbegehren beim Hamburger Verwaltungsgericht ein.

27.05.2016: Verhandlungsstart zwischen Initiatoren und Regierungsvertretern. Insgesamt sind zwölf Verhandlungstermine geplant, in denen ein möglicher Kompromiss über die Rahmenbedingungen der Unterbringung und Integration von Geflüchteten festgelegt werden sollen.

Ausblick

13.07.2016: Letzte Sitzung der Bürgerschaft vor der Sommerpause, in der über das erzielte Verhandlungsergebnis abgestimmt werden soll.

Großunterkünfte sind weder für Flüchtlinge noch für Hamburger gut



Foto: Privat

Robert Jarowoy
64 Jahre, Fraktionsvorsitzender „Die Linke“ Altona

Wofür setzen Sie sich besonders ein?
Für ein gutes Miteinander von Alt- und Neu-Hamburgern, denn Flüchtlinge werden nach einer gewissen Zeit sowohl von ihrem Status, aber auch in der eigenen Wahrnehmung und der von Nachbarn zu Neu-Hamburgern.

Gab es einen Moment, in dem Sie dachten „Nein, das schaffen wir nicht“?

In einer demographisch überalternden Gesellschaft, in der – außer in Offensen – immer weniger Kinder geboren werden, kann es nicht von Schaden sein, wenn es einen Zuzug von Menschen gibt, die arbeiten wollen, um möglichst schnell auf eigenen Füßen zu stehen und dann natürlich auch Steuern zahlen, was man von den hier angesiedelten Großkonzernen wie IKEA nicht unbedingt sagen kann. Diesen Menschen muss durch Arbeitslaubnisse und öffentliche Beschäftigungsangebote die Möglichkeit dazu gegeben werden. Dann schaffen wir und die das gemeinsam, was übrigens auch ein gewaltiges Konjunkturprogramm wäre.

Haben Sie Verständnis dafür, dass sich Bürgerinitiativen wie z.B. VIN Rissen gegründet haben?

Ja. Grundsätzlich bin ich gegen Massenunterkünfte, die weder für die betroffenen Flüchtlinge noch für die Anwohner gut sind. Im Falle von Rissen kommt aber noch etwas anderes hinzu. Dort wurde in einem langen Verfahren mit allerlei öffentlichen Beteiligungen ein Bebauungsplan erarbeitet und beschlossen, der dann im Hauruck-Verfahren vom Senat außer Kraft gesetzt und in etwas völlig anderes verkehrt wurde. So etwas geht gar nicht.

Wovon hängt es Ihrer Ansicht nach ab, ob eine Integration erfolgreich verläuft?

Die Neu-Hamburger müssen die Möglichkeit bekommen, sich durch eigene Arbeit eine neue Existenz aufzubauen, anstatt in öffentlichen Unterbringungen sehr beengt herumsitzen und bestenfalls an staatlich organisierten Integrationskursen teilnehmen zu dürfen. Die Flüchtlinge sind keine bettlägerigen Pflegefälle, die gefüttert werden müssen, sondern haben in ihrer Heimat als Bauern, Handwerker, Krankenschwestern, Künstler, LehrerInnen oder sonstwie ihre Frau oder ihren Mann gestanden und wollen das, von Krieg und Terror vertrieben, auch hier. Genau wie die Alt-Hamburger oder Bio-Deutschen. Ausnahmen gibt es natürlich immer und in jeder Gesellschaft.

Was bedeutet der Begriff „kulturelle Integration“ für Sie?

Da bin ich sehr vorsichtig. Integration heißt für mich nicht Zwangs-Assimilation. Die sicherlich am besten integrierte migrantische Gruppe in Hamburg sind die griechischen Restaurantbesitzer und ihre Mitarbeiter, die ihre deutschen Gäste auf Ouzo und Kalamaris integriert haben und dennoch ihr griechisches Ostern ganz für sich feiern. Integration heißt für mich nicht Unterwerfung, sondern Einbringung der eigenen Kultur in die des aufnehmenden Landes, natürlich mit Respekt für die dort gültigen Regeln.

Wofür sollte die Stadt Hamburg die Verantwortung übernehmen - für welche Aufgaben sollten die Bürger zuständig sein?

Bei aller Anerkennung für das beeindruckende Engagement vieler Tausend Hamburger -übrigens vorwiegend Hamburgerinnen- auf der ehrenamtlichen Ebene, finde ich es nicht in Ordnung, dass der Staat bzw. die Stadt immer mehr hoheitliche Aufgaben auf Ehrenamtliche und Honorarkräfte abwälzt. Der Staat sollte Arbeitsangebote schaffen, z.B. im Wohnungsbau, in der Altenpflege, im öffentlichen Grün. Leider sind diese Bereiche immer weiter privatisiert, aber bei einer staatlichen Förderung bzw. Auftragsvergabe würden auch privatwirtschaftliche Unternehmen Arbeitsstellen schaffen. Die ehrenamtlichen Helfer könnten dann in der Nachbarschaftshilfe, aber vor allem auch in der Solidaritätsarbeit für die Veränderung der Fluchtursachen in den Heimatländern der Vertriebenen aktiv werden.

Wie stehen Sie zum Bau von Großunterkünften?

Im Bereich der Zentralen Erstaufnahme, den ZEA's, glaube ich, dass man das nicht anders organisieren kann. Alles, was danach kommt, sollte dezentral im Rahmen öffentlich geförderter Wohnungsbaus mit durchmischten Sozialwohnungen, Baugemeinschaften und genossenschaftlichem Wohnungsbau stattfinden. Besser noch wäre ein wirklich kommunaler Wohnungsbau, wie er in Deutschland nahezu abgeschafft wurde, z.B. in Wien aber noch das Stadtbild prägt.

Was hinter den Zahlen steckt

Rückläufige Flüchtlingszahlen – die Prognose des Senats ist nicht zu halten

Der Unterbringungsbedarf für Flüchtlinge in Hamburg hat sich extrem verändert. Im Jahr 2015 benötigten in der Spitze 32.906 Flüchtlinge eine Unterkunft in Hamburg.

Seit Anfang des Jahres 2016 sinkt die Zahl der Flüchtlinge erheblich. Derzeit übersteigt die Zahl der Abgänge die der Zugänge, wie auch der Erste Bürgermeister Herr Olaf Scholz im Forum des Hamburger Abendblatts am 28. April 2016 bestätigte.

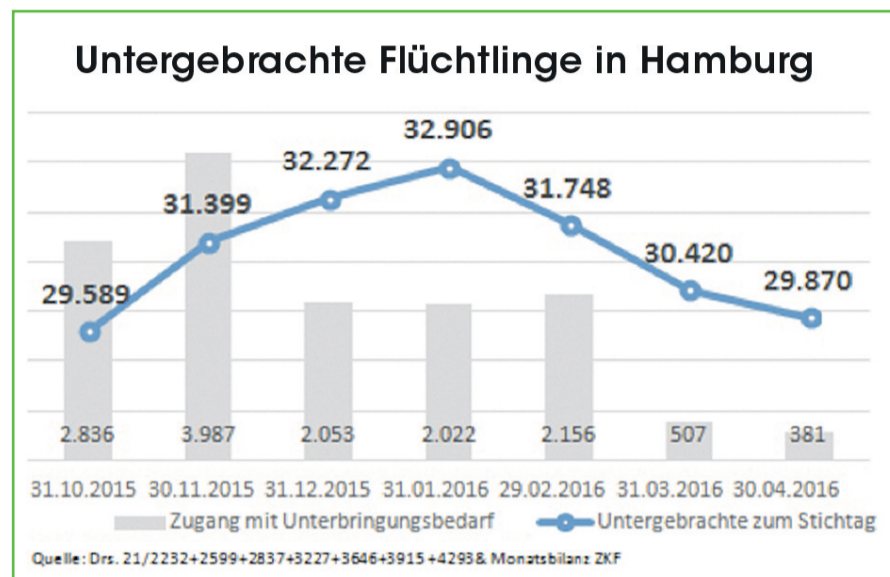
Das hat Auswirkungen auf die Zahl der notwendigen Unterbringungsplätze.

Bislang hat der Senat in seinen Planungen die auf dem Höhepunkt des Flüchtlingsstroms im Oktober/November 2015 erreichte Zahl von 3.000 Flüchtlingen/Monat linear fortgeschrieben. Deshalb seien in 2016 zusätzliche 40.000 Unterbringungsplätze zu schaffen.

Diese Prognose ist angesichts der Entwicklung im Jahre 2016 nicht mehr haltbar.

Bislang geht der Senat bei der Prognose für die in Hamburg zu erwartenden Flüchtlinge mit Unterbringungsbedarf immer noch davon aus, dass 2016 ca. 40.000 Flüchtlinge zusätzlich allein in Hamburg unterzubringen sind.

Berlin hingegen hat auf die stark rückläufigen Flüchtlingszahlen schon reagiert



und die Erwartungen für 2016 von 55.000 auf ca. 24.000 Flüchtlinge reduziert. Über den Königsteiner Verteilschlüssel lässt sich errechnen, dass die Stadt Berlin für 2016 in Deutschland mit 475.317 Flüchtlingen mit Unterbringungsbedarf rechnet.

Für Hamburg würde diese Prognose zu 12.024 Flüchtlingen mit Unterbringungsbedarf führen und nicht zu 40.000, wie derzeit noch immer geplant.

Unternehmensplanung und Flüchtlingsprognose passen nicht zusammen

Eine belastbare Unternehmensplanung lässt sich erst vornehmen, wenn die Prognose der Flüchtlingszahlen überarbeitet ist. Daran arbeitet ein Arbeitskreis des Dachverbandes in Zusammenarbeit mit dem Zentralen Koordinierungstab für Flüchtlinge (ZKF). Ergebnisse sollen noch im Juni vorliegen.

Größer kann die Entfremdung zwischen Politik und Bürgern kaum sein

Auf welcher Rechtsgrundlage will der Senat Flüchtlingsgroßunterkünfte bauen?

Der Senat will den „Expresswohnungsbau“ überwiegend über eine Vorschrift umsetzen, die für den „normalen“ Wohnungsbau gar nicht gemacht ist. Diese Vorschrift (§ 246 Abs. 14 BauGB) soll vielmehr die schnelle und nur vorübergehende Errichtung von Unterbringungen für Flüchtlinge ermöglichen. Dennoch beruft er sich in den meisten Fällen seiner Vorhaben auf diese Vorschrift.

Wie schätzen Sie die Rechtmäßigkeit dieses Vorgehens ein?

Der Senat hat offenbar selbst Zweifel an der Rechtmäßigkeit seines Handelns. In vielen Fällen versucht er nun, möglichst schnell Bebauungspläne nachzuziehen. Nach allgemeiner Meinung, die jetzt auch noch einmal von Herrn Prof. Brandt in einem für den Grundeigentümerverband erstellten Gutachten bestätigt wurde, bietet dieses Gesetz keine Grundlage für eine beabsichtigte reguläre Wohnnutzung, die sich der Flüchtlingsunterbringung anschließt. Übrigens hat das Oberverwaltungsgericht in seiner jüngsten Entscheidung zu Klein-Borstel zu der Anwendbarkeit dieses Gesetzes auf



Gero Tuttlewski,
vertritt als Rechtsanwalt mehrere Bürgerinitiativen

die Expresswohnungsvorhaben gar keine Stellung genommen.

Was bedeutet dies für die verschiedenen Vorhaben?

Viele dieser Vorhaben sind, aus ganz unterschiedlichen Gründen, materiell rechtswidrig. Die Verwaltung verlässt sich allein darauf, dass die Gerichte klagen den Bürgern aus rein formalen Gründen das Klagerrecht absprechen, wie dies im Klein-Borstel-Fall leider geschehen ist. So lässt sich aber Rechtsfrieden nicht

herstellen. Auch kann Integration der Flüchtlinge nicht gegen, sondern nur mit den Bürgern gelingen.

Sie vertreten auch die Initiatoren der Bürgerbegehren aus den sieben Bezirken. Die Bezirke haben diese Bürgerbegehren für unzulässig erklärt. Wie schätzen Sie das ein?

Die Initiatoren haben in allen sieben Bezirken Widerspruch eingelegt, über den noch nicht entschieden wurde. In vier Fällen haben die Initiatoren mittlerweile beim Verwaltungsgericht Eilanträge eingereicht. Nach meiner Auffassung tragen die von den Bezirken vorgebrachten Gründe nicht. Auch hier stellen wir fest, dass das Vorgehen Senat und Bezirken nichts nutzen wird. Es gibt einen Bürgerwillen, der, durch in wenigen Tagen ohne besonderen Aufwand abermals gesammelte tausende von Unterschriften, dokumentiert ist. Statt diesen zu beachten, bekämpft der Senat die eigenen Bürger. Dabei übersieht er, dass er jetzt nicht mehr gegen (scheinbar) wenige Anwohner, sondern gegen tausende von Bürgern prozessiert, die die Bürgerbegehren in allen sieben Bezirken unterstützen. Größer kann die Entfremdung zwischen Politik und Bürgern kaum sein.

Wir sind nicht allein:

NABU fordert: Nachverdichten statt Neuversiegeln

So bleiben die zum Teil noch großen, zusammenhängenden und nicht versiegelten Außengebiete erhalten und das Verkehrsaufkommen kann gemindert werden.

Quelle: HAMBURGER STADTENTWICKLUNG IN ZUKUNFT, Verdichtung naturverträglich steuern / Siedlungsachsen nutzen – Achsenzwischenräume erhalten, März 2016

Zentralausschuss Hamburger Bürgervereine...

fordert Verzicht auf zu große Einheiten. Kleine Einheiten stärken die Akzeptanz und erleichtern die Integration der Flüchtlinge, die sich mit unserer Kultur, den Werten und Gepflogenheiten häufig erst vertraut machen müssen.

Quelle: Pressemeldung des Zentralausschusses Hamburgischer Bürgervereine von 1886 e.V., 21. April 2016

Grundeigentümer-Verband Hamburg

Die Pläne für die Unterbringung mit Perspektive Wohnen lassen sich nicht auf § 246 BauGB stützen. Der Bau von Großsiedlungen wird abgelehnt. Er ist städtebaulich verfehlt, bietet Flüchtlingen keine Chance auf Integration.

Quelle: Pressemeldung des Grundeigentümerverbandes, 26. April 2016



Interview Klaus Schomacker

Ehrenamt muss langfristig durch Nachbarschaft ersetzt werden

Was konnte die Volksinitiative bisher bewirken?

Die bisherigen Erfolge der Volksinitiative lassen sich nur schwer vermitteln. Was bedeutet es, dass der Senat über einzelne Projekte des Expresswohnungsbaus nachdenkt und Planzahlen nach unten korrigiert? Ein Politikwechsel ist das noch nicht. Was bedeutet es, dass der Senat den Wohnungsbau dramatisch erhöht, wie seit Monaten von uns gefordert? Eine Öffnung des sozialen Wohnungsbaus für die Flüchtlinge ist das noch nicht. Aber ohne Zweifel, es sind erste Schritte in die richtige Richtung.

Was die Initiative aber eindeutig erreicht hat ist, dass der Senat sich intensiv mit dem Thema Flüchtlingsunterbringung und Integration auseinandersetzt. Als es noch hieß: „Wir müssen Großunterkünfte bauen, es ist alternativlos“, bedeutete es gleichzeitig: „Hierüber wird nicht diskutiert.“ Doch das hat sich geändert. Wir haben kritische Fragen gestellt und schon einige Antworten erhalten. Fest steht, es gibt genügend Alternativen, und diese werden nun – in den zurzeit laufenden Verhandlungen – diskutiert.

Wer sollte Ihrer Meinung nach die Volksinitiative unterstützen?

Wenn jemand etwas für die Flüchtlinge in Hamburg tun möchte, dann sollte er natürlich unserer Initiative seine Stimme geben, denn wir engagieren uns dafür, dass die Flüchtlinge bessere Wohnverhältnisse vorfinden – das heißt, wir setzen uns dafür ein, dass die Folgeunterkünfte so gestaltet werden, dass dort ein gemeinsames Wohnen in guten, nachbarschaftlichen Beziehungen möglich ist.

Unsere Idealvorstellung sieht dann so aus, dass wir in der ersten Phase der Integration viele ehrenamtliche Helfer brauchen, die die Flüchtlinge „an die Hand“ nehmen. Später soll aber die alltägliche Unterstützung auch durch die Nachbarn oder durch soziale Beziehungen innerhalb des Stadtteils geleistet werden. Unsere zentrale Nachricht ist hier: Ehrenamt muss langfristig durch Nachbarschaft ersetzt werden! Das geht nur, wenn die Flüchtlinge nicht isoliert werden, sondern als neue Nachbarn überall in Hamburg integriert werden.

Die Volksinitiative setzt auf Integration durch Nachbarschaft? Das widerspricht dem Vorurteil, dass die Volksinitiative gegen Unterkünfte in der Nachbarschaft ist!

Dieses Vorurteil muss daher kommen, dass jemand nicht zwischen einer Großunterkunft für 2.000 Menschen und einer kleinen Unterkunft für 200 Menschen unterscheidet. Großunterkünfte verhindern

nachbarschaftliche Beziehungen und Integration. Kleine Unterkünfte machen genau das möglich. Wir wollen, dass kleine Unterkünfte realisiert werden – überall in Hamburg, in jeder Nachbarschaft – weil wir an eine gute Nachbarschaft glauben.

Eine Nachbarschaft mit einer Großunterkunft funktioniert nicht?

Wer eine Großunterkunft für Flüchtlinge baut, der isoliert und diskriminiert sie damit. Wir wollen aber unbedingt erreichen, dass die Integration gelingt. Soziologen weisen auf diese Zusammenhänge immer wieder hin. Die Gefahr einer Isolation wird größer, je größer die Gruppe in einer solchen Unterkunft ist, denn nur durch Kontakt zur umlebenden Bevölkerung



Klaus Schomacker, 62 Jahre, Sprecher der Volksinitiative „Hamburg für gute Integration“

Flüchtlinge nicht isolieren, sondern als neue Nachbarn überall in Hamburg integrieren

können sich die Menschen integrieren. Soziologen halten dabei schon Unterkünfte für 400 Personen für falsch. Und was tut der Senat? Er plant Großunterkünfte für 2.000 Personen. Das ist falsch, das wird allgemein anerkannt. Die Wohnsituation hat einen erheblichen Einfluss auf den Integrationsprozess.

Aber was ist dran an der Aussage: „Es geht nicht anders, wir müssen die Großunterkünfte bauen.“? Wir wollen doch alle, dass die Flüchtlinge ordentlichen Wohnraum erhalten.

Das wollen wir natürlich alle, sogar mehr noch: Wir wollen, dass alle Hamburger bezahlbaren Wohnraum erhalten. Die Trennung der Wohnungsbauprogramme zwischen Flüchtlingswohnungsbau und dem sozialen Wohnungsbau für Hamburger war der zentrale Fehler des Senats. Der zweite Fehler war, dass diese

Trennung als alternativlos dargestellt wurde. Wir haben diese Alternativlosigkeit kritisch hinterfragt, die Senatsdrucksachen, die Anfragen und Antworten gelesen. Dann haben wir auch Gespräche mit Genossenschaften, Experten, Architekten und Politikern geführt. Unsere intensive Auseinandersetzung mit der Frage: „Sind die Großunterkünfte alternativlos?“, hat uns schließlich sehr schnell zu der Antwort geführt: „Nein, es gibt sehr gute Alternativen, die nur politisch nicht gewollt sind.“ Schließlich kam auch ans Tageslicht, dass es sich mit der „Alternativlosigkeit“ nur um eine Zweckargumentation handelte, um ein an sich richtiges, politisches Ziel, nämlich Wohnungsbau, durchzusetzen. Auch der Bau von Großunterkünften in Landschaftsschutzgebieten sollte auf diesem Wege schlichtweg durchgesetzt werden.

Warum sind Sie sich sicher, dass das auch funktioniert? Warum glauben Sie, dass Hamburg nicht auf den Bau der Großunterkünfte angewiesen ist?

Na ja, der Senat hat ja gerade sein Ziel des Wohnungsbaus von 6.000 auf 10.000 Wohnungen erhöht. Es gibt keinerlei Anlass daran zu zweifeln, dass man durch eine Öffnung des sozialen Wohnungsbaus ab sofort den Flüchtlingen eine Chance geben könnte. Wir brauchen in Hamburg kein Wohnungsbauprogramm nur für Flüchtlinge. Wir brauchen ein gut durchdachtes Wohnungsbauprogramm für alle Hamburger, zu denen die anerkannten Flüchtlinge dann auch gehören. Das Warten auf die Fertigstellung der umstrittenen Großunterkünfte ist ja auch für die Flüchtlinge der falsche Schritt. Die Stadt sollte jetzt Wohnungsbau für ALLE betreiben. Schon allein dieser Schritt würde dafür sorgen, dass die Großunterkünfte nicht gebraucht werden würden. Ich gehe davon aus, dass auch der Senat sich dieser Einsicht bis Ende Juni nicht entziehen wird.

Was konkret müsste der Senat jetzt tun, um eine ausschließlich kleinere, dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge realisieren zu können?

Ganz einfach: Sofort den sozialen Wohnungsbau für Flüchtlinge öffnen. Dann hätten wir unmittelbar eine maximale Dezentralisierung und optimale Bedingungen für Nachbarschaft und damit für gute Integration. Wenn es dann noch gelänge, andere Maßnahmen zu ergreifen, wie z.B. ein Wohnungskataster zu erstellen, Baulücken zu erschließen, Dachgeschosse weiter auszubauen und „vorsorglich“ das Wohnungsbauprogramm weiter zu erhöhen, gäbe es nur Gewinner in der Stadt!

Die Verhandlungen: Guter Start – Ausgang offen

Seit kurzem sind aus unverbindlichen Gesprächen zwischen der Volksinitiative „Hamburg für gute Integration!“ und Andreas Dressel (SPD) sowie Anjes Tjarks (Die Grünen) endlich Verhandlungen geworden.

Gemeinsam mit den Fraktionsvorsitzenden konnte ein verbindlicher Fahrplan erarbeitet werden. Am 13. Mai lautete die gemeinsame Erklärung aller Beteiligten: „In dem gut zweistündigen Termin konnte in konstruktiver Atmosphäre Einigkeit über den weiteren Gesprächsfahrplan erzielt werden. In voraussichtlich 12 Terminen bis zur Sommerpause, bei denen die verschiedenen Themengebiete besprochen werden, soll ausgelotet werden, ob ein Ersuchen der Bürgerschaft an den Senat bis zum Ende der Entscheidungsfrist der Bürgerschaft möglich ist, das einen

Volksentscheid obsolet machen soll.“

Nach dem Folgetermin am 27. Mai war die abgestimmte Verlautbarung etwas konkreter: „Wir sind in den vierstündigen, vertrauensvollen und konstruktiven Gesprächen heute gut vorangekommen. Wir sind uns insbesondere einig, dass die Bedarfsprognosen der Stadt für die Unterbringungskapazitäten in drei Szenarien fortzuschreiben sind. Bei den Erstaufnahmen sind wir uns angesichts der Entwicklung ebenfalls darüber einig, dass prekäre Standorte, insbesondere in Hallen und Zelten, Schritt für Schritt nicht weiter zu belegen, zu reduzieren und perspektivisch zu schließen sind. An einigen Standorten kann es sich anbieten, diese noch als Reservekapazität vorzuhalten.“

Beiden Seiten liegt ein positives Verhandlungsergebnis sehr am Herzen.

Aber trotz des guten Starts und aller gegenseitiger Versicherung der guten Absichten ist der Ausgang völlig offen: Die Verhandlungen stehen ganz am Anfang, viele komplexe und schwierige Themen warten auf der Agenda.

Das Verhandlungsteam um Klaus Schomacker wird mit großer Ernsthaftigkeit und Energie daran arbeiten, ein positives Verhandlungsergebnis zu erzielen. Hierfür wird auch in Zukunft die Unterstützung durch zahlreiche ehrenamtliche Mitstreiter benötigt. Die Anforderungen sind enorm und liegen auf professionellem Niveau.

Teilweise muss das Team daher externe Unterstützung in Anspruch nehmen – insbesondere bei den Themen Kommunikation und Recht. Hierfür werden ausreichend finanzielle Mittel benötigt.

Gemischte Quartiere von elementarer Bedeutung

Welche Fragen beschäftigen Sie besonders intensiv?

Die sinnvolle, integrationsfreundliche mittel- und langfristige Unterbringung, Umwandlung von ZEAs in Folgeunterkünfte, Gesundheitsversorgung, Beschulung von Flüchtlingen ohne Niveauverlust an den Schulen, Wertevermittlung und Sprachkurse, die Kriminalitätsentwicklung, Gewalt gegen Frauen, Kinder, Christen und Homosexuelle in den Unterkünften und auch die unzureichende Information und Beteiligung der Bürger zu den neuen Unterkünften – all das beschäftigt mich nach wie vor mit hoher Intensität.

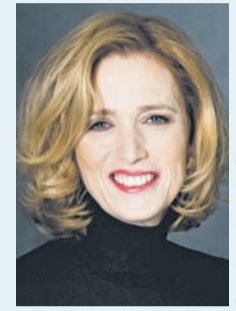


Foto: Ingrid von Hoff

Karin Prien (CDU)
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hamburger Bürgerschaft

Was ist Ihnen besonders wichtig?

Bisher steht das Thema Unterbringung zu sehr im Vordergrund. Die Integration in Bildung, Arbeit und Gesellschaft wird letztlich die anspruchsvollere Aufgabe werden. Jetzt geht es um mehr und passgenaue Sprachkurse, um Tempo bei der Qualifikationsfeststellung, bei der Weiterbildung, der Vermittlung in Praktika und Ausbildung. Auf die Frauen müssen wir dabei besonders schauen. Es geht auch um die beschleunigte Rückführung derer, die nicht bei uns bleiben können. Hier muss die Stadt bestehende Kapazitäten, etwa im Einreisezentrum in Meiendorf, besser nutzen.

Gab es einen Moment, in dem Sie dachten „Nein, das schaffen wir nicht“?

Auch schon vor der Silvesternacht, die natürlich eine Zäsur darstellt, war für mich klar, dass sich die Aufnahme von über 1 Million Flüchtlingen in 2015, nicht in 2016 wiederholen darf. Die Frage war für mich eher das „Wie“ und auch „Was“ wir als Gesellschaft eigentlich schaffen wollen – nicht das „Ob“.

Haben Sie Verständnis dafür, dass sich Bürgerinitiativen wie z.B. VIN Rissen gegründet haben?

Ich verstehe und teile die Verärgerung vieler Bürger über die Basta-Politik des Bürgermeisters, da unter dem Vorwand der Flüchtlingspolitik Rechte der Bürger, der Bezirke und auch der Bürgerschaft ohne Grund beschnitten werden. Anstatt jetzt die notwendige Diskussion über Stadtentwicklung und Gelingensbedingungen von Integration zu führen, werden in unerbittlicher Manier vollendete Tatsachen geschaffen. Ich kann Sie als Bürgerinitiative nur ermuntern, Ihr Engagement fortzusetzen. Uns haben Sie an Ihrer Seite.

Wovon hängt Ihrer Ansicht nach ab, ob eine Integration erfolgreich verläuft? Und was bedeutet der Begriff „kulturelle Integration“ für Sie?

Das Erlernen der deutschen Sprache, der Zugang zu Bildung, auch Nachqualifikation und Anerkennung von Abschlüssen und ganz besonders der Zugang zum Arbeitsmarkt sind unverzichtbare Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration. Damit gelingt auch die Teilhabe in unserer Gesellschaft. Das Wohnen in gemischten Quartieren ist hier von elementarer Bedeutung.

Es geht um Fördern und Fordern, eine Integrationsverpflichtung halte ich für unumgänglich. Kulturelle Integration bedeutet: die Anerkennung unserer Werte, Normen und Gesetze und auch die Anpassung an unsere westliche Lebensweise. Dabei ist Religion grundsätzlich Privatsache.

Wofür sollte die Stadt Hamburg die Verantwortung übernehmen – für welche Aufgaben sollten die Bürger zuständig sein?

Auch, wenn Integration letztlich nur über die Menschen, die sich in Kindergärten, Schulen, am Arbeitsplatz, im Sportverein etc. begegnen, funktioniert, ist es im Wesentlichen Aufgabe der Stadt, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Und das hat dann auch mit der Frage zu tun, wie viele Flüchtlinge in den Stadtteilen und Quartieren jeweils untergebracht werden, ob die Verteilung von Flüchtlingskindern in KITA und Schulen gerecht und verantwortlich erfolgt, ob genug qualitativ ordentliche Sprachkurse zur Verfügung stehen. Wichtig ist auch, dass unsere Bürger keine weiteren Einbußen bei der inneren Sicherheit hinnehmen wollen.

Wie stehen Sie grundsätzlich zum Bau von Großunterkünften?

Ich halte Großunterkünfte für Flüchtlinge und auch größere, nicht gemischte Quartiere für integrationsfeindlich. Die Politik des Senats ist hier kurzfristig angesichts der sozialen Folgekosten. Darüber sind sich alle Experten, einschließlich des Städte- und Gemeindetages einig. Eigentlich behauptet ja nicht mal Rot-Grün, dass Großunterkünfte die richtige Lösung sind. Nur fehlt es an politischem Willen, die reichlich vorhandenen Alternativen zu planen und durchzusetzen. Das überzeugt mich auch in Hinblick auf die deutlich rückläufigen Flüchtlingszahlen gar nicht. Bei den Plänen des Senats geht es allerdings um mehr: Es soll unter Umgehung der Bürger eine neue Stadtentwicklungspolitik durchgedrückt werden, mit der Gebiete zugepflastert werden, die bisher tabu waren.



Lemsahl-Mellingstedt - Veränderung als Bereicherung?

Lemsahl-Mellingstedt gilt als einer der demographisch jüngsten Stadtteile Hamburgs. Es zieht besonders junge Familien mit kleineren Kindern nach Lemsahl. Man erlebt so ein Gefühl von Astrid Lindgrens „Bullerbü“! Man sieht nur Wälder und Pferdekoppeln und das einzige intakte Hochmoor „Das Wittmoor“ lädt zum Spazieren und Verweilen ein.

Schon Johann Wolfgang von Goethe sagte: „Man sieht die Blumen welken und die Blätter fallen, aber man sieht auch Früchte reifen und neue Knospen keimen. Das Leben gehört den Lebendigen an, und wer lebt, muss auf Wechsel gefasst sein.“

So sieht es wohl aus. Aber wohin geht hier in Lemsahl-Mellingstedt der Wechsel? Ändert sich überhaupt etwas, oder betrifft das alles nur die „Anderen“. Unterschiedliche Vereine, Organisationen oder öffentliche Organe begleiten einen großen Teil unseres täglichen Lebens. Das betrifft Kindergärten, Schule und Jugendtreffs genauso wie die Feuerwehr, die Rettungswache oder unsere Verkehrsverbindungen.

Unsere neuen Nachbarn am Fiersberg 8 bringen für uns alle Veränderungen. Es ist ein zentrales Erstaufnahmelaager (ZEA), das für ankommende Flüchtlinge zur Verfügung gestellt wird. Die Geflüchteten verbleiben in der Regel drei bis sechs Monate (so der Plan des Senats). Das macht eventuell ein erstes Annehmen möglich, aber eine Integration ist in so kurzer Zeit nicht realisierbar. Hinzu kommt, dass nicht alle eine Bleibeperspektive haben. Stand Januar 2016 gab es nach Aussage von Joachim Lenders, Vorsitzender der Polizeigewerkschaft Hamburg, ca. 7.000 Personen in Hamburg, bei denen der Asylantrag negativ beschieden wurde. Ein Großteil der Personen ist nicht auffindbar.

Unsere Alltagshelden
Die **freiwillige Feuerwehr** Lemsahl-Mellingstedt unter dem Wehrführer Boris Finnern opfert mit 24 Ehrenamtlichen rund um die Uhr ihre Freizeit

für unsere Sicherheit! Nicht zu vergessen: auch die Jugendfeuerwehr ist mit 18 Aktivisten - darunter 2 Mädchen - in ihrem Rahmen aktiv. Die nächste Berufsfeuerwehr ist in Sasel. Unsere Alltagshelden für Brandschutz, technische Hilfe sowie der Sonderkomponente Versorgung wuppen zwischen 40 und 60 Einsätzen im Jahr. Eine besondere Herausforderung ist die Situation in den ZEAs. Die Feuerwehrleute müssen nicht nur in unserem Stadtteil agieren, sondern auch in anderen Stadtteilen aushelfen. Dieses ist zum Beispiel geschehen in der Tennishalle Papenreye (800 bis 900 Flüchtlinge), wo eine 24-Stunden-Brandschutzwache gehalten werden musste, da keine Brandmeldeanlage vorhanden war. Eine Besonderheit bei Einsätzen in Flüchtlingsunterkünften ist der leider teilweise notwendige Eigenschutz der Feuerwehrleute vor Übergriffen und eine mutwillige Behinderung der Rettungskräfte durch die Flüchtlinge. Hinzu kommt erschwerend, dass oftmals nicht bekannt ist, wie viele Menschen sich gerade in den Containern aufhalten.

Die **Rettungsstation** ist nur wochentags von 7 bis 19 Uhr besetzt, eine bewusste Entscheidung des Senats aus Kostengründen. Zwischen 19 und 7 Uhr und am Wochenende darf also in

Lemsahl-Mellingstedt nichts passieren! In diesem Falle wäre die Berufsfeuerwehr in Sasel zuständig, unterstützt durch die freiwillige Feuerwehr Lemsahl. Die Kapazität der Betreuung ist auf maximal 7.000 Menschen ausgerichtet. Bei einer Vollbelegung der ZEA stößt die Rettungsstation bereits während ihrer Bereitschaftszeit an ihre Kapazitätsgrenze.

Die **Polizei** **wache 35** in Poppenbüttel ist unter anderem für Lemsahl zuständig, unterstützt durch unseren „Bürgernahen Beamten“ Herrn Arndt aus Rahlstedt. Ebenso betreut sie die Stadtteile Wohldorf-Ohlstedt, Duvenstedt, Bergstedt, Poppenbüttel, Sasel, Hummelsbüttel, Volksdorf und Wellingsbüttel. Wobei in fünf von diesen Stadtteilen mindestens eine Flüchtlingsunterkunft vorhanden, in Entstehung oder in Planung ist. Im Falle eines Einsatzes in Lemsahl und Wohldorf könnte es notwendig sein, dass die Einsatzkräfte, nach Aussage der Polizeigewerkschaft, aus Harburg, Bergedorf und/oder Neugraben-Fischbek zur Unterstützung kommen müssen. Dem PK 35 stehen für dieses riesige Gebiet nachts nur zwei Streifenwagen zur Verfügung, zwischen 9 und 22 Uhr sind es gerade einmal drei! Jedem sollte klar sein, dass die Kernaufgaben der Polizei, wie

der Schutz vor Einbruch, Diebstahl oder Ruhestörungen nicht mehr abgewickelt werden kann, was gerade angesichts der zur Zeit massiv steigenden Einbruchszahlen mehr als beängstigend ist.

Zur Zeit haben wir in Lemsahl vier **Kindergärten**: Evangelischer Kindergarten Madacker, Montessori Kinderhaus, Kindergarten Redderberg und Wabe.

Ganz aktuell hat die Wabe am „Spechtort“ ihre Pforten geöffnet - wahrer Luxus mit Sauna, Kneipp-Bad und einer tollen Außenanlage. Gewartet wird nur noch auf die Umsetzung des seit 2014 in Kombination mit Fiersberg (jetzt ZEA-Gelände) geplanten Bauvorhabens. Zur Zeit freuen sich noch überwiegend Duvenstedter Kinder über den neuen Kindergarten.

In der **Grundschule** Lemsahl-Mellingstedt werden aktuell 322 Kinder unterrichtet. Ab Sommer 2016/17 werden nur zwei Vorschulklassen sowie drei erste Klassen a 23 Kinder eingerichtet. Zuziehenden neuen Familien wird ein Platz in der Schule garantiert. Leider konnten aber nicht alle Lemsahler Kinder einen Platz in der Dorf-Grundschule erhalten. Wir fragen uns, warum nicht wieder vier erste Klassen eröffnet werden, da ja für die Zukunft angedacht wurde auch Plätze für Flüchtlingskinder mit Bleibeperspektive frei zu halten?

In der **Jule** (Jugendzentrum Lemsahl), einem gemütlichen Platz mit viel Raum für Jugendliche, gibt es Angebote von Billard über Tischtennis bis zur Playstation und natürlich Aktionen für Kinder und Jugendliche. Dort ist auch angedacht, jugendliche Flüchtlinge in der Freizeit zu beschäftigen und einen Austausch unter Kindern zu ermöglichen.

Und zuletzt fällt auf, dass der morgendliche Pendlerstau auf der Lemsahler Landstrasse stark zunimmt! Das wird sich durch die Bebauung des Spechtorts nochmals deutlich verschlechtern. Hier könnte ein Kreisverkehr Erleichterung schaffen.

Was also wird aus Bullerbü?

Warum Sie Mitglied werden sollten?

Wenn Sie ...

- ... für eine menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten sind
- ... gegen Massenunterkünfte und Großsiedlungen sind
- ... sich mehr Mitspracherecht wünschen
- ... wollen, dass Lemsahl-Mellingstedt seinen dörflichen Charakter behält
- ... dafür sind, dass es bei der jetzt genehmigten Belegung bleibt

Wenn Sie dafür sind, sollten Sie noch heute Mitglied werden!

Hätten Sie es gewusst?

In Hamburg leben ca. 1,8 Mio. Einwohner, in ca. 1 Mio. Haushalten. Auf 1 Quadratkilometer leben 2.400 Menschen. Bereits vor der Flüchtlingskrise hatte Hamburg im Jahr 2009 ca. 490.000 Einwohner mit Migrationshintergrund. Dieser Wert ist bis zum Beginn der Flüchtlingskrise um 22% auf nunmehr 600.000 Einwohner gestiegen. Das bedeutet, dass jeder 3. Hamburger (33%) einen Migrationshintergrund hat.

Hamburg besitzt 104 Stadtteile, die in 7 Bezirken (Mitte, Altona, Eimsbüttel, Nord, Wandsbek, Bergedorf und Harburg) zusammengefasst sind. Der Bezirk Wandsbek ist der einwohnerstärkste Bezirk Hamburgs mit 222.000 Haushalten und 424.000 Einwohnern. Der zweitgrößte Bezirk ist Hamburg-Nord mit 188.000 Haushalten bzw. 300.000 Einwohnern. Die sogenannten Walddörfer verfügen über 21.451 Haushalte, davon entfallen auf Lemsahl-Mellingstedt 2.865, auf Duvenstedt 2.601, auf Bergstedt

EILMELDUNG:

Die Stadt arbeitet aktuell an einer Aufstockung der ZEA Fiersberg auf 500 Flüchtlinge

4.653, auf Wohldorf-Ohlstedt 1.972 und auf Volksdorf 9.360 Haushalte. Auf die Walddörfer entfallen somit 10% der Haushalte des Bezirkes Wandsbek. Im Bezirk Wandsbek stehen für 10.600 Flüchtlinge Plätze zur Verfügung, dies entspricht einer Quote von 4,7% bezogen auf die 21.451 Haushalte. In den Walddörfern stehen 1.545 Plätze bereit, dies entspricht einer Quote von immerhin 7,2%. Rechnet man die in Lemsahl-Mellingstedt von der Verwaltung ursprünglich geplante Kapazität von 952 Plätzen ein, liegt die Quote sogar bei 10,45%.

Im gesamten Hamburger Stadtgebiet stehen rund 40.000 Plätze zur Verfügung. Dies entspricht bei 1 Mio. Haushalten 4%. Insofern nehmen die Walddörfer heute fast doppelt so viele Flüchtlinge wie der Rest der Stadt auf. Damit leisten die Walddörfer einen überdurchschnittlichen Beitrag - wir fragen uns warum?

Spendenaufwurf:

Alle, die sich beim Verein Lebenswertes Lemsahl-Mellingstedt e.V. engagieren, tun dies natürlich unentgeltlich. Diese Arbeit kostet uns in erster Linie Zeit. In anderen Bereichen jedoch, benötigen wir finanzielle Mittel.

26.000 Hamburger wollen bewirken, dass in Hamburg ausschließlich kleine Unterkünfte realisiert werden. Vor diesem Hintergrund verhandeln wir im Rahmen unserer Mitgliedschaft im Dachverband IFI, mit den verantwortlichen Politikern. Diese starke Verhandlungsposition müssen wir uns weiterhin erhalten!

Ihre Spendengelder benötigen wir, um uns juristischen Rat und Beistand einzuholen. Auch die tatkräftige Unterstützung eines Kommunikationsbüros kostet uns Geld. Denn nur mit ausreichenden finanziellen Mitteln können wir den Druck auf den Senat weiterhin auf hohem Niveau halten - zum Wohle aller Hamburger Bürger.

Wir brauchen Ihre finanzielle Unterstützung. Spenden Sie bitte jetzt!

Lebenswertes Lemsahl-Mellingstedt e.V.
Hamburger Sparkasse
IBAN DE60 2005 0550 1298 124 247
BIC HASPDE33HAN

Mehr Informationen?
Wenn Ihnen diese Zeitung gefällt und Sie regelmäßig Informationen erhalten möchten, melden Sie sich gerne bei uns.

www.lebenswertes-lemsahl.de
info@lebenswertes-lemsahl.de

Impressum:
Hamburg für gute Integration
V. i. S. a. P.: Klaus Schomacker,
Volkerweg 12, 22559 Hamburg



Drei Vereine in Lemsahl-Mellingstedt – gemeinsame Ziele verbinden

Vorstandsmitglieder der drei Lemsahl-Mellingstedter Vereine Heimatbund Lemsahl-Mellingstedt e.V., Lebenswertes Lemsahl-Mellingstedt e.V. und Lemsahl-Hilff e.V. trafen sich zum ersten runden Tisch im Gasthof Offen zu einem Austausch bzgl. der Zentralen Erstaufnahme im Fiersberg.

„Uns alle eint der Wunsch, Lemsahl-Mellingstedt als lebenswerten Stadtteil für alle Bürger und auch für hier lebende Flüchtlinge zu erhalten“ wird Hans-Jürgen von Appen am Ende als Fazit über dieses erste gemeinsame Treffen sagen. „Dafür leistet jeder seinen Beitrag, und das ist gut so.“

Bereits in den ersten Minuten wird sehr deutlich, dass zwischen den drei Vereinen keine „Gräben“ in ihrer Ausrichtung oder in ihren Beziehungen liegen, auch wenn dies von der Politik gerne anders dargestellt wird. „Es ist falsch und absolut unzutreffend, uns alle auf die Position „Flüchtlingsgegner“ und „Flüchtlingsbefürworter“ zu reduzieren“, sagt der damalige Vorsitzende vom Verein Lebenswertes Lemsahl-Mellingstedt. „Wir sind sehr froh, dass es einen Verein wie Lemsahl-hilff gibt, der den Menschen, die als Kriegsflüchtlinge zu uns kommen und Schutz und Obdach suchen, helfen will. Gerade Langeweile und Frustration führen in Lagern dieser Größenordnung mit geplanten ca.

1000 Plätzen leider regelmäßig zu Auseinandersetzungen. Das wollen wir verhindern! Daher ist es unser Ziel, die Belegung auf eine vernünftige und angepasste Größe zu reduzieren, damit diese Hilfe und Unterstützung von Lemsahl-hilff dann auch zielgerichtet und effektiv erbracht werden kann. Auch bei diesem Treffen ist wieder deutlich geworden, dass die Gefahr weiterer Unterbringungen in Lemsahl leider keinesfalls gebannt ist.“

Der Verein Lebenswertes Lemsahl-Mellingstedt setzt sich seit seiner Gründung im Oktober 2015 für eine deutliche Reduzierung der Belegungszahl der ZEA, eine Laufzeitbeschränkung mit anschließender Wiederaufnahme des Bauvorhabens Lemsahl 19, sowie für keine weiteren Unterkünfte in Lemsahl-Mellingstedt ein, distanziert sich dabei aber deutlich von rechtem Gedankengut.

„Um eben die ersten Schritte einer Integration zu schaffen und den Flüchtlingen etwas Abwechslung und eine Perspektive zu bieten, setzen wir auf die vielen helfenden Hände, die bei uns schon lange in den Startlöchern stehen“, ergänzt Andreas Horchler von Verein Lemsahl-hilff. „Wir haben mittlerweile zahlreiche Gruppen mit vielen Helfern gebildet, wie zum Beispiel Bildung, Freizeit, Sport und Begegnung, Kleidung, und stehen bereit, sobald die ersten Flüchtlinge kommen. Wir können und wollen keine

Obergrenze für eine Belegung nennen, aber wir können natürlich umso besser helfen, je kleiner diese Zahl ist. Unser Ansatz ist pragmatisch: Wir möchten den Menschen helfen und keine Politik machen, über die natürlich aber auch jeder von uns seine eigene Meinung hat.“ Ähnlich äußert sich auch der Heimatbund. „Natürlich würde uns eine angemessene, an Lemsahl-Mellingstedt angepasste familiäre Belegung in Größe und Laufzeit bei der anstehenden Hilfe, die unser Dorf leisten muss, stark entgegenkommen.“ sagt Hans-Jürgen von Appen als Vorsitzender des Heimatbunds Lemsahl-Mellingstedt, der sich bereits seit 50 Jahren um die Belange des Stadtteils kümmert und auch die anstehenden Arbeiten unterstützt.

Die Vorstandsmitglieder der drei Vereine gingen sehr positiv aus dem Gespräch. Eine Mitgliedschaft in allen drei Vereinen gleichzeitig, so wie es viele Menschen in Lemsahl-Mellingstedt handhaben, stellten sie fest, sei kein Widerspruch, sondern vielmehr eine intelligente Aufstellung für die Zukunft. Alle Vereine brauchen weiterhin die aktive Unterstützung von den Lemsahl-Mellingstedtern, sei es als Unterstützung für die Durchsetzung einer angemessenen Größe der ZEA oder auch später als tatkräftige Unterstützung bei der Hilfe für die geflüchteten Menschen.